

100 europäische NGOs unterstützen eine Erklärung, in der gegen die Aufwertung der Beziehungen zwischen der EU und Israel protestiert und eine Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel gefordert wird.

Zu den palästinensischen und israelischen unterzeichnenden Organisationen gehören u.a. : Alternative Information Centre, Board of Trustees der Bir Zeit Universität, Arab Cultural Forum, Dalia Association, Democracy and Workers' Rights Center in Palestine, Israeli Committee Against House Demolitions.

Initiiert wurde die Erklärung vom Palestinian Boycott, Divestment, Sanctions National Committee (BNC).

100 europäische Organisationen haben sie unterzeichnet, darunter aus Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland und anderen Ländern, u.a. von dem Netzwerk European Jews for a Just Peace. Aus der Bundesrepublik Deutschland zählen zu den Unterzeichnerinnen neben anderen: die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft und die deutsche Sektion der Pax Christi Nahost-Friedenskommission.

Die Aufwertung sei am 16.06.2008 beschlossen worden. Damit solle ein Prozess in Gang gesetzt werden, der im April 2009 mit der Festlegung eines gemeinsamen Aktionsplans ende. Dabei gehe es um engere Beziehungen auf verschiedenen Ebenen: Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Sicherheit und Diplomatie.

Die unterzeichnenden Organisationen zeigen sich erschrocken angesichts der eklatanten "Weigerung der EU Israel für fortgesetzte Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht für verantwortlich zu halten".

Die EU-Mitgliedsstaaten hätten selbst regelmäßig für UN-Resolutionen gestimmt, in denen Menschenrechtsverletzungen, Kollektivbestrafungen, der Bau von Siedlungen und der Mauer verurteilt worden seien.

Nur einziges Mal sei es der EU gelungen, israelische Politik wirksam zu beeinflussen: im Jahr 1990 habe die Kommission auf Ersuchen des Europäischen Parlaments, die wissenschaftliche Kooperation mit Israel eingefroren, um gegen die Schließung palästinensischer Schulen und Universitäten (speziell der Universität Bir Zeit) zu protestieren. Dieser Druck habe dazu geführt, dass die Universitäten wieder geöffnet worden seien.

Seitdem habe "Europas freundliche Umarmung" Israel nur dabei ermuntert, die Besatzung und Kolonisierung zu vertiefen und seine Verpflichtungen nach dem Völkerrecht zu ignorieren.

Am 10. April 2002 habe sich das EU-Parlament dafür ausgesprochen, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel wegen der Verletzung von Menschenrechten auszusetzen, gefolgt von einer Weigerung der EU-Kommission, "diesen demokratischen Auftrag auszuführen".